## Welt am Sonntag, 30. Oktober 2016

## Über keinem Wipfel mehr

## RUH

## **VON DANIEL WETZEL**

Für die Energiewende werden immer mehr Flächen gerodet. Wissenschaftler und Naturschützer schlagen Alarm: Aus Wäldern würden ökologisch wertlose "Industrieparks mit Baumbeständen"

Eben noch schlägt sich der Geländewagen der Naturschutzinitiative "Freier Wald" durch verschlammte, fast zugewachsene Forstwege zwischen Zossen und Kallinchen am Motzenersee in Brandenburg. Plötzlich versperrt eine Barrikade den Weg. Dahinter: Eine mit Kies befestigte, breite Straße, die sich, so weit das Auge reicht, schnurgerade durch den Wald zieht. "Hier wollen sie wahrscheinlich die Rotorblätter transportieren", vermutet die Vogelkundlerin Gisela Deckert, als sie aus dem Auto steigt. Sie packt ihre Nordic-Walking-Stöcker fester und stapft los durchs Unterholz: "Dahinten sollen dann wohl die ersten Windräder hin."

Deckert galt zu DDR-Zeiten als profilierteste Vogelschützerin der ostdeutschen Republik. Als ihr aber Bundespräsident Horst Köhler vor sechs Jahren das Bundesverdienstkreuz verlieh, betrachtete sie das nicht als Anerkennung ihrer Lebensleistung, sondern als weiteren Ansporn. Heute, mit 86 Jahren, kämpft die promovierte Ornithologin südlich der Berliner Stadtgrenze immer noch um den Lebensraum seltener Vogelarten wie Wespenbussard, Ziegenmelker und Brachpieper.

Aktuell will Deckert mit ihrer Naturschutzinitiative verhindern, dass der Windkraftkonzern Enercon im Wald bei Zossen acht Windkraftanlagen errichtet. Denn nach den Flächenzuweisungen des Regionalplans könnten aus den acht bald 30 Windkraftanlagen werden, argwöhnt die Vogelschützerin. Pro Windrad, so schätzt es die Bürgerinitiative "Freier Wald" nach Erfahrungen mit anderen Projekten, könnten bis zu 900 Bäume fallen.

Was Deckert und ihre Mitstreiter fürchten, lässt sich nur wenige Kilometer weiter nördlich bei Königs Wusterhausen, aber auch am Ranzenkopf in Rheinland-Pfalz oder im bayerischen Hof bereits besichtigen: Windparks, die mitten im Wald errichtet wurden. Dass die Windkraftindustrie immer öfter in solche sensiblen Ökosysteme hineingeht, deutet auf ein wachsendes Flächenproblem der Energiewende hin. Denn die besten Offenland-Standorte sind mit rund 26.000 Windrädern bereits belegt. Der weiteren Ausbreitung der Windkraft stehen vielerorts Mindestabstände zur Wohnbebauung oder andere behördliche Einwände entgegen. Vielerorts bleibt nur noch der Wald als Windkraftgebiet übrig.

Nach aktuellen Zahlen der "Fachagentur Windenergie", einer unter anderem von Bund, Ländern und Kommunen getragenen Organisation, waren Ende 2015 bereits 1200 Windkraftanlagen in Wäldern in Betrieb - rund fünf Prozent aller Windräder in Deutschland. Drei Viertel dieser Anlagen wurden erst in den vergangenen fünf Jahren errichtet - ein Indiz für die Flächennot der deutschen Windstromer. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurde im Schnitt sogar schon jede fünfte Windkraftanlage auf einem Waldstandort errichtet.

Doch die Durchschnittszahlen zeigen nicht das ganze Ausmaß des Problems. Denn unter den acht Bundesländern, die Windräder im Wald grundsätzlich erlaubt haben, finden sich vor allem baumreiche Südländer wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und auch Nordrhein-Westfalen. Auch Bundesländer mit Regierungsbeteiligung der Grünen haben wenig Probleme damit, den Wald für die Windkraftindustrie zugänglich zu machen. So wurden im vergangenen Jahr im Grün-regierten Baden-Württemberg etwa knapp 80 Prozent aller Neuanlagen - insgesamt 54 Stück - auf Forstflächen errichtet.

In Hessen dringt die Windindustrie besonders weit in die Wälder vor: In dem besonders waldreichen Bundesland ging 2014 bereits jede zweite Windkraftanlage inmitten von Baumbeständen in Betrieb. Im vergangenen Jahr waren es nach Zählung der Fachagentur sogar mehr als drei Viertel aller neuen Windturbinen, obwohl sich gerade Hessen durch einen besonders hohen Anteil naturnaher Laub- und Mischwälder auszeichnet. Bis dato stehen 180 Windkraftanlagen in hessischen Wäldern. Bald dürften es noch viel mehr sein, prognostiziert die Fachagentur, denn: "Mittelhessen etwa weist bereits über 80 Prozent der Windeignungsgebiete auf bewaldeten Flächen aus."

Umweltschützer schlagen angesichts der Entwicklung jetzt Alarm. Der Naturschutzbund Deutschland ("Nabu") will nach Informationen der "Welt am Sonntag" auf seiner Bundesvollversammlung Mitte November ein neues Positionspapier zur Windenergie zur Abstimmung stellen. Wird es verabschiedet, stehen der Ökostrom-Industrie künftig harte Auseinandersetzungen mit den Naturfreunden ins Haus. Denn der Naturschutzbund unterstütze zwar die Energiewende und den Windkraftausbau, heißt es in dem Papier. Doch zahlreiche Waldund Wildnisarten sollen grundsätzlich frei von Windkraftanlagen bleiben. ("Wasch mir den Pelz, aber mach micht nass" – das ist NABU-Haltung! – D. U.) Erstmals wollen die Naturschützer auch eine feste Ausbau-Schwelle für Windkraft definieren: Wenn der Waldanteil in einer Region unter dem deutschlandweiten Durchschnitt von rund 32 Prozent liege, sollen Wälder für die Windkraft-Industrie grundsätzlich tabu sein, heißt es in dem Entwurf.

Für die Windkraft-Lobby dürfte das schwer zu schlucken sein. Denn gerade erst hat die Bundesregierung beschlossen, den Windkraft-Ausbau in Norddeutschland zu bremsen, weil es nicht genügend Stromleitungen zum Abtransport der Kilowattstunden gibt. Da aber das gesamte Planziel für Deutschland unverändert bleibt, hat dies zwangsläufig zur Folge, dass noch mehr Turbinen im waldreichen Süden errichtet werden müssen. Der Regierungsplan kollidiert damit direkt mit den Waldschutz-Forderungen des Naturschutzbundes.

Dabei gehen selbst die Nabu-Forderungen Waldwissenschaftlern wie Michael Müller noch nicht weit genug. Der Direktor des Instituts für Waldbau und Waldschutz an der TU Dresden hält es für "heimtückisch" und "nicht sachgerecht", dass etwa Kiefernwälder von Windkraft-Projektierern regelmäßig zu bloßen "Stangenwäldern" abgewertet werden, in denen Windturbinen angeblich keinen Schaden anrichten. Durch die Wald-Windparks und den Bau der Transportwege würden zusammenhängende Waldgebiete zerschnitten und geschlossene Ökosysteme nachhaltig gestört, kritisiert Müller. Durch die Rodungen werde die "Untersonnung" des Waldes verändert, Tierarten, die eigentlich nur im Offenland vorkommen, in die Wälder gelockt.

Im Ergebnis stelle sich die Frage, ob die Gegend um einen Wald-Windpark nach einem solchen Prozess überhaupt noch Wald genannt werden könne, sagt Müller. Denn nach wis-

senschaftlicher Definition zeichne sich Wald durch ein "spezifisches Innenklima" und "entwicklungsphysiologisch relevante Wechselwirkungen" aus. "Nach dem Bau eines Windparks verliert der Wald aber oft fast vollständig seine Fähigkeit, Ökosystem-Dienstleistungen zu erbringen", sagt Müller. Konsequent wäre es deshalb, die gesamte Fläche "aus dem Waldbegriff zu entlassen und vielmehr von einem Industriepark mit Baumbeständen zu sprechen".

Entsprechend hält es der Wissenschaftler für ungenügend, wenn Windkraft-Unternehmen zur Kompensation des Schadens an anderer Stelle Aufforstungen finanzierten. Denn ausgeglichen werde meist nur die Zahl der direkt für die Windräder gerodeten Bäume. Da jedoch das gesamte Waldgebiet seine Funktion verliere, müsste sich Kompensationsleistung der Windindustrie eigentlich auf dessen gesamte Fläche beziehen. Für unbezahlbar hält Müller seine Forderung nicht: "Sie können einen halben Hektar mit einer einfachen Kiefernbepflanzung für drei- bis viertausend Euro aufforsten", rechnet der Experte vor: "Das sind Kosten, die in keinem Verhältnis zu den Profiten stehen, die hier pro Windrad-Standort gemacht werden."

Bei dem Konflikt geht es um mehr als nur Pflanzen- und Tierarten: Es geht auch um eine Wertediskussion im Widerstreit zwischen Klimaschutz, Naturempfinden, Heimat- und Landschaftsschutz. Denn "Wald" und "Natur" sind im Unterbewusstsein vieler Deutscher synonyme Begriffe, wie Umfragen zeigen. Auffällig viele der mehr als 600 Bürgerinitiativen gegen Windkraft beklagen in ihren Veröffentlichungen einen gefühlten Verlust von "Heimat" angesichts der landschaftsverändernden Stahlkolosse.

Als ein junger Ministerialbeamter einmal in einer Jagdhütte auf dem Ilmenauer Hausberg Kickelhahn in Thüringen auf die bewaldeten Hügel blickte, kritzelte er mit Bleistift Zeilen neben sich an die Bretterwand, die zu einem deutschen Kulturschatz werden sollten: "Über allen Gipfeln ist Ruh, In allen Wipfeln Spürest du Kaum einen Hauch."

Rund 240 Jahre später könnte es schwierig werden, die Gefühle des Nachtwanderers Goethe nachzuempfinden: Gerade hat Thüringen als achtes Bundesland einen "Windkrafterlass" beschlossen, der erstmals auch hier die Windindustrie in die Wälder lässt. "Kaum ein Hauch" reicht einer spezialisierten Schwachwindturbine wie der Nordex N131 allerdings bereits, um auf 140 Meter Nabenhöhe in Drehungen zu geraten und Strom zu produzieren. Über Ilmenaus Gipfeln wäre dann zwar keine Ruhe mehr. Die Vögelein im Walde würden aber wohl trotzdem schweigen.